

Anno ... 44. Woche

1897, 1. November: In China werden zwei deutsche Missionare der Steyler Mission in der Provinz Schandung ermordet. Das führt zwei Wochen später zur Besetzung der Kiautschou-Bucht durch das Ostasiengeschwader des Deutschen Reichs. Prinz Heinrich, Bruder des Kaisers Wilhelm II., erzwang von der chinesischen Mandschu-Regierung territoriale Nutzungs- und Schürfrechte sowie den Bau einer Eisenbahnstrecke. Dies war der Startschuß für alle imperialistischen Mächte, das Reich der Mitte per Abkommen mit der Mandschu-Clique unter sich aufzuteilen.

1917, 2. November: An diesem Tag verfaßt der britische Außenminister Arthur J. Balfour einen Brief an den britischen Zionistenführer Lionel Walter Rothschild. Der Autor verspricht darin die britische Unterstützung bei der Gründung einer jüdischen »Heimstatt« in Palästina. Die Balfour-Erklärung gilt den Zionisten von nun an als Freibrief zur Gründung eines jüdischen Staates. Er ist Anlaß für jahrzehntelange blutige Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern in Palästina.

1947, 30. Oktober: Das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) wird von 23 Staaten unterzeichnet. Der Handels- und Zahlungsverkehr soll zwischen den Teilnehmerstaaten liberalisiert, der Lebensstandard erhöht und Vollbeschäftigung erreicht werden. In Zukunft treten auch einige sozialistische Länder dem Abkommen bei bzw. beantragen eine Mitgliedschaft (CSSR, Kuba, Polen, Jugoslawien, Ungarn und Rumänien).

1952, 1./2. November: Der Parteivorstand der KPD beschließt das »Programm zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands«. Es befürwortet u. a. die Verständigung beider deutscher Staaten, die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen, den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrags, den Abzug aller Besatzungstruppen und die Verpflichtung zur Bündnisfreiheit Deutschlands sowie die Bildung einer »Regierung der nationalen Wiedervereinigung«. Es beinhaltet aber zugleich die realitätsferne Parole vom »revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes«. Gerade dieser Programmteil wird im KPD-Verbotsprozeß von den Regierungsvertretern als Beweis der »Verfassungsfeindlichkeit« der KPD verwendet.

1952, 2.-7. November: Die Kommunistische Partei Jugoslawiens kommt zu ihrem VI. Parteitag zusammen. Diskutiert werden die Aufgaben der Partei nach der Einführung der Arbeiterselbstverwaltung und des neuen Wirtschaftssystems. Die Zusammenkunft orientiert auf Erweiterung und Festigung beider sozialistischer Modelle. Weiterhin wird die Umbenennung in »Bund der Kommunisten Jugoslawiens« beschlossen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/94979.anno-44-woche.html>